



**Beschluss des
Bundesvorstands der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
am 17. November 2006**

Forderungen der MIT an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Deutschland am 01. Januar 2007, gefolgt von Portugal am 01. Juli 2007 und Slowenien am 01. Januar 2008, werden diese drei Länder erstmals in der Geschichte der Europäischen Union im Rahmen einer abgestimmten Präsidentschaft für anderthalb Jahre den Vorsitz des Rates stellen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU begrüßt dieses erste gemeinsame EU-Präsidentschaftsprogramm und sieht darin die Chance für Kontinuität und Nachhaltigkeit im Interesse der Weiterentwicklung eines gemeinsamen Europas. Um einen konstruktiven Beitrag zum Gelingen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu leisten, stellt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU nachstehende Forderungen zur Ausgestaltung der deutschen Ratspräsidentschaft vor.

1. Erneuerung der Europäischen Union

Der EU-Erweiterungsprozess ist historisch gesehen eine einmalige Erfolgsgeschichte. Die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen haben sich in 50 Jahren aber dramatisch gewandelt. Zudem hat die Europäische Union bei ihren Bürgern in den letzten Jahren an Überzeugungskraft verloren. Damit Europa bei seinen Bürgern wieder mehr Vertrauen und Zuversicht schaffen und seinen internationalen Einfluss weiterhin ausbauen kann, muss sich die EU erneuern. Dazu gehört einerseits die Einigung auf eine gemeinsame geistige Grundlage sowie die Stärkung der Rolle des EU-Bürgers und zum anderen die Schärfung der äußeren Konturen der EU.

2. EU-Verfassungsvertrag als gemeinsame geistige Grundlage

Nachdem alle Regierungen dem EU-Verfassungsvertrag zugestimmt haben und die Mehrheit der Mitgliedstaaten diesen unterzeichnet hat, soll die Bundesregierung in der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft die Chance nutzen, den Verfassungsprozess erfolgreich fortzusetzen. Die MIT begrüßt, dass die Bundesregierung diese Absicht bereits in der Erklärung der Bundesregierung vom 5.11.2006 verankert hat. Ziel muss es nun sein, den Europäischen Verfassungsvertrag unter Erhaltung seiner rechtlichen und politischen Substanz bis 2009 in Kraft zu setzen. Insbesondere erwarten wir uns von dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 25. März 2007 zum 50-jährigen Bestehen der Römischen Verträge deutliche Impulse in der Debatte um die europäische Verfassung. Wir verbinden mit der deutschen Ratspräsidentschaft zugleich die Hoffnung, dass zentrale institutionelle und demokratische Fortschritte bereits heute angestrengt werden, um die EU handlungsfähiger, bürgernäher und transparenter zu machen.

3. Schärfung der Konturen im Interesse der Identität Europas

Die Gemeinschaft der EU war zu allen Zeiten – und ist es heute noch – mehr als ein geographisch bedingter Zusammenschluss oder ein Zweckbündnis zur Mehrung des Wohlstandes ihrer Mitglieder. Sie ist in ihrem Kern eine Wertegemeinschaft, die religiöse, geschichtliche und kulturelle Wurzeln sowie gemeinsame Vorstellung von der wirtschaftlichen und politischen Organisation ihrer Gemeinwesen auf sich vereint. Die EU als politisches Gebilde muss sich Grenzen geben und die äußeren Konturen schärfen. In diesem Sinne fordert die MIT die Bundesregierung auf, während der Ratspräsidentschaft ein deutliches Signal im Interesse der EU-Wertegemeinschaft zu setzen. Eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein. Zum einen sollte das Postulat der gemeinsamen Werte und zum anderen die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ausschlaggebend sein. Mit Ländern, die nicht als Vollmitglieder aufgenommen werden können, sollen durch neue Modelle enger Zusammenarbeit und individueller Kooperationen Wege einer verbindlichen Partnerschaft gefunden werden. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Verhandlungen mit der Türkei modifizieren werden und sich in der Zielsetzung auf die Ausgestaltung einer privilegierten Partnerschaft der Türkei zur EU ausrichten. Ein EU-Beitritt der Türkei soll und kann nicht weiter verfolgt werden, wie es sich auch aus den Zustandsschilderungen im Rahmen des „Türkei-Fortschrittsberichts 2006“ der EU-Kommission ableiten lässt.

4. Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands

Ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft muss es sein, die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes zu verbessern. Dazu gehört die Stärkung von Forschung und Innovation im Mittelstand. Bei der Durchführung des 7. Forschungsrahmenprogramms ist darauf zu achten, die Beteiligungsmöglichkeiten für den industriellen Mittelstand zu erleichtern und die Beteiligungsregeln zu vereinfachen. Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, während der Ratspräsidentschaft die Weichen dafür zu stellen, dass bis 2010 der Anteil des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und bis 2015 auf 4 Prozent erhöht wird. Gleichmaßen muss der Schutz geistigen Eigentums einen besonderen Stellenwert einnehmen. Die MIT plädiert für die Ausgestaltung eines anwenderfreundlichen und kostenkünstigen Patentsystems und fordert die Bundesregierung auf, sich für eine schnellstmögliche Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens über Patentstreitigkeiten und des Londoner Sprachprotokolls einzusetzen. Zur Erleichterung grenzüberschreitender Aktivitäten kleinerer und mittlerer Unternehmen sollte die Bundesregierung in der Zeit der EU-Ratspräsidentschaft verstärkt für die Harmonisierung direkter und indirekter Steuern in der EU eintreten.

5. Lissabon-Prozess als Reformmotor

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, in der Zeit der Ratspräsidentschaft den Lissabon-Prozess zum Reformmotor in der EU werden zu lassen. Dabei muss die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Verbesserung der europäischen Beschäftigungssituation und der soziale Zusammenhalt im Vordergrund stehen. Das Verhältnis zwischen dem Wunsch nach einem hohen Maß an sozialer Sicherheit, an Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Dynamik muss gewahrt werden. Zur Zeit existieren unterschiedliche europäische Sozial- und Wirtschaftsmodelle. Diese müssen den Anforderungen der Globalisierung angepasst werden.

6. Unnötige Bürokratie auf europäischer Ebene abbauen

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU begrüßt das von der Bundesregierung selbstgesteckte Ziel, den Bewegungsspielraum für Bürger und Unternehmen durch den Abbau von Vorschriften und Verwaltungskosten zu erweitern. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für die Einrichtung eines Normenkontrollrates einzusetzen, um systematische, auf Dauer angelegte und durchgreifende Maßnahmen zur Senkung der Bürokratiekosten vornehmen zu können. Zudem fordern wir die Einführung des Standard-Kosten-Modells auf Europäischer Ebene, um bis 2008 Kostentransparenz herzustellen und insbesondere im Interesse des Mittelstandes Einsparungen realisieren zu können. Die Bundesregierung sollte sich dabei frühzeitig für ein ehrgeiziges Reduktionsziel innerhalb der EU einsetzen und vorschlagen, die bürokratiebedingte Nettobelastung für die Wirtschaft, insbesondere bei den KMU, bis 2009 um 25 % zu senken.

Weiterhin müssen überflüssige Regeln abgeschafft, das Gemeinschaftsrecht vereinfacht und die Qualität der Folgenabschätzung europäischer Rechtsetzungsvorhaben erhöht werden. Auch in der Europäischen Union muss es eine regelmäßige Überprüfung anhängiger Rechtsetzungsvorhaben geben. Hierzu schlagen wir vor, jedes anhängige Vorhaben zu Beginn einer Legislaturperiode des Europäischen Parlaments einer Bestätigung zu unterziehen. Erfolgt keine positive Bestätigung durch das Europäische Parlament, wird das Vorhaben nicht weiter behandelt.

7. Europäische Energiepolitik

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich während der Ratspräsidentschaft für eine europäische Energiepolitik einzusetzen, um ein einheitliches europäisches Auftreten sicherzustellen. Zudem sind alle Bemühungen zu unternehmen, um den nationalen und globalen Klimaschutz weiter voranzutreiben. Die MIT fordert, auf europäischer Ebene alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgungssicherheit unserer Volkswirtschaft besser zu gewährleisten. Wir sind auf eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung angewiesen. Um dieses Ziel zu erreichen, bauen wir auf einen breiten Energiemix aus Erdöl, Stein- und Braunkohle, Gas und Flüssiggas, Kernenergie und erneuerbare Energien, eine Vielfalt internationaler Bezugsquellen sowie eine Stärkung des internationalen Regelwerks. Wir müssen die Abhängigkeit von Energieimporten verringern. Daher fordern wir die Unterstützung aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm für die Steigerung der Energieeffizienz, Energieeinsparung, den Ausbau eines Energie-Mixes mit wachsenden Anteilen erneuerbarer Energien und insbesondere emissionsarmer Technologien, um die Weltmarktposition der EU zu verstärken. Zudem ist die Diversifizierung der Energieversorgung und die Sicherung der Transit- und Transportwege auch im Rahmen der Ratspräsidentschaft politisch zu flankieren und ein europaweiter Verbund der Stromnetzwerke und ein Verbundsystem von Öl- und Gasleitungen anzustreben

**Einstimmiger MIT-Bundesvorstandsbeschluss
17.11.2006, Münster**